

Sehr geehrte:r Bauwerber:in,  
Grundeigentümer:in, Nachbar:in  
und Beteiligte

**Recht & Immobilien**  
**Bau- & Straßenrecht, Sicherheit**  
**Baupolizei**

Erzherzog Johann-Straße 2  
8700 Leoben

Telefon: + 43 3842 40 62-279  
Fax: +43 3842 40 62-320  
stadtgemeinde@leoben.at  
www.leoben.at

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl  
dieses Schreibens anführen

Geschäftszahl / Sachbearbeitung / Telefon-DW / Fax-DW / Ihr Zeichen  
BAB-2024-118 / Hr. Ing. Rühl / -279 / -320 /

Datum:  
13.02.2025

Betreff:

**Verbreitung Zufahrt Rohrbrücke mit Errichtung einer Stützmauer inkl.  
Geländeänderung, An der Überfuhr o.Nr.**

## **KUNDMACHUNG UND LADUNG**

### **Zur Bauverhandlung**

Mit Datum vom 11.12.2024, eingelangt am 18.12.2024, hat die Bauwerberin Stadtgemeinde Leoben, 8700 Leoben, Erzherzog Johann-Straße 2, um die Erteilung der Baubewilligung für die Verbreitung der Zufahrt der Rohrbrücke mit Errichtung einer Stützmauer inkl. Geländeänderung in Leoben, An der Überfuhr, Grundstück, GstNr 188/3, EZ 120, KG 60326 Leitendorf, angesucht.

Hierüber werden im Sinne der §§ 39 bis 44 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz, BGBl 1991/51 idgF, die Bauverhandlung und der Ortsaugenschein für

**Dienstag, den 11. März 2025,**

mit dem Zusammentritt in Leoben, An der Überfuhr 2, um **09:00 Uhr** angeordnet.

Verhandlungsleiter: Ing. Christian Rühl

**Gemäß § 25 Abs 3 Steiermärkisches Baugesetz idgF sind als Vorbereitung zur Bauverhandlung die Grundstücksgrenzen sowie die Lage von geplanten Neu- und Zubauten von Gebäuden zu kennzeichnen. Diese Verpflichtung kann z.B. durch Ausstecken oder Markierung erfüllt werden.**

Gemäß § 27 iVm § 25 Steiermärkisches Baugesetz, LGBl 1995/59 idgF, behalten nur die Nachbar:innen Parteistellung, die spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde oder während der Verhandlung Einwendungen im Sinne des § 26 Abs 1 Steiermärkisches Baugesetz, LGBl 1995/59 idgF, (subjektiv-öffentlich-rechtliche Einwendungen) erhoben haben. Danach vorgebrachte Einwendungen finden daher im weiteren Verfahren keine Berücksichtigung.

Wenn ein:e Nachbar:in glaubhaft macht, dass er:sie durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert war, rechtzeitig Einwendungen im Sinne des § 26 Abs. 1 Stmk BauG zu erheben und den kein Verschulden oder nur ein minderer Grad des Versehens trifft, kann binnen 2 Wochen nach dem Wegfall des Hindernisses seine:ihre Einwendungen auch nach Abschluss der Bauverhandlung vorbringen. Eine längere Ortsabwesenheit stellt kein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis dar.

An der Verhandlung teilnehmende Vertreter:innen beteiligter Stellen oder Personen haben sich rechtzeitig mit den erforderlichen Weisungen und Ermächtigungen zu versehen, um bindende Erklärungen bei der mündlichen Verhandlung abgeben zu können. Etwaige Vorbehalte hinsichtlich nachträglicher Erklärungen können gemäß den oben angeführten Bestimmungen nicht berücksichtigt werden.

Die Nachbar:innen und sonstigen Beteiligten werden eingeladen, sofern sie etwas vorzubringen beabsichtigen, bei der Verhandlung zu erscheinen.

Die für das Verfahren eingereichten Unterlagen, insbesondere das Projekt, liegen bis zum Tage vor der Bauverhandlung während der Amtsstunden im Stadtgemeindeamt, Bau- & Straßenrecht, Sicherheit, zur allgemeinen Einsicht für die Beteiligten und Nachbar:innen auf. Eine Einsichtnahme ist nur nach vorheriger telefonischer Terminvereinbarung (03842/4062-256 oder 391) möglich.

Rü/Gr

Für den Bürgermeister:  
Der Referatsleiter.  
Mag. Alexander Dirnberger